



Es braucht Nachbesserungen!

Der Stadtrat hat mit einer neuen Weisung beschlossen, dass ab Schuljahr 2023/24 alle Zürcher Schulen in Tagesschulen überführt werden. Um einen Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten und um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, braucht es existenzsichernde und attraktive Anstellungsbedingungen. Deshalb braucht es vom Gemeinderat Nachbesserungen.

Seit Jahren fordert die Gewerkschaft VPOD eine grössere Mitsprache des Personals im Tagesschulprojekt. Als sich ein überraschendes Vorpreschen des Schul- und Sportdepartementes abzeichnete, insistierte der VPOD mehrmals direkt beim zuständigen Stadtrat Filippo Leutenegger. Dass uns dieses Anliegen als Sozialpartner bisher verwehrt wurde, hat auch negative Auswirkungen auf die Qualität der Reform.

Deshalb braucht es vom Gemeinderat nun Korrekturen, damit die Angestellten die Tagesschule mittragen werden. Denn das Potential der Tagesschule kann nur ausgeschöpft werden, wenn (sozial-)pädagogische Überlegungen die Entscheidungsgrundlage für ihre Ausgestaltung darstellen. Dazu gehört auch ein angemessener Betreuungsschlüssel und ein Qualifikationsmix, welcher der anspruchsvollen Arbeit mit den Schülerinnen

und Schülern gerecht wird und die Förderung der Chancengerechtigkeit zum Ziel hat. Vor diesem Hintergrund entbehrt es jeglicher Logik, dass in der Tagesschule bereits der heutige Betreuungsschlüssel einen tieferen Anteil tertiär ausgebildeter Fachpersonen vorsieht als jener im Regelhort.

Mitwirkung für Bildungsgerechtigkeit

Wir wissen aus den Erfahrungen an den Projektschulen und aus der umfangreichen Evaluation, dass der Vernetzung bisher nicht ausreichend Rechnung getragen wurde und es an dafür notwendigen Ressourcen (u.a. Zeit, Infrastruktur, Mitwirkungsgefässe) mangelt. Auch deshalb gilt es endlich den Miteinbezug aller Berufsgruppen wie Lehrpersonen, Fachpersonen, Sonderpädagogik, Hausdienst/Technik, Instrumentallehr- und Betreuungspersonal zu gewährleisten.

Es muss zudem geklärt werden, wie die Mitwirkung der einen Berufsgruppe im primären Arbeitsbereich der anderen Gruppe die Bildungsgerechtigkeit optimal stärken soll: Mehr Personen sind nicht per se «besser». Zusätzliches Personal in der Betreuung und/oder im Unterricht macht dort Sinn, wo ein (sozial-)pädagogischer Mehrwert für Schüler:innen und/oder Entlastung für die verantwortlichen Fachpersonen erreicht werden kann. Zusätzliches Assistenzpersonal ist kein Ersatz für anderes dringend benötigtes Fachpersonal.

Wenn eine Stadt wie Zürich flächendeckend Tagesschulen einführt und damit unter anderem die Bildungschancen erhöhen will, sollten (sozial-)pädagogische Überlegungen als Entscheidungsgrundlage dienen. Bei der Weisung und der Diskussion rund um die Stadtzürcher Tagesschulen scheinen politische und taktische Überlegungen über die Einschätzung der betroffenen Fachpersonen gestellt worden zu sein.

Darum werden wir die Weisung mit den betroffenen Angestellten am 26. Mai an einer digitalen Versammlung besprechen [nach Redaktionsschluss, aber vor Erscheinungstermin der aktuellen Nummer]. Insbesondere werden wir klären, wo Anpassungsbedarf besteht, was vergessen oder missverstanden wurde und wie das Know-how der Angestellten aktiv in die Reform eingebracht werden kann.

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Lehrberufe



Yvonne Tresp



Sibel Arslan



Katrin Wüthrich



Lassen wir uns nicht aufs Reproduzieren reduzieren!

Die Corona-Pandemie hat unseren beruflichen und privaten Alltag auf den Kopf gestellt. Doch wir im Service public haben die Stellung gehalten: In den Spitälern und Heimen, an den Schulen und Betreuungseinrichtungen, im öffentlichen Verkehr oder im Unterhalt standen und stehen wir trotz widrigster Umstände den Mitmenschen zur Seite.

Der Öffentlichkeit blieb unser aller Einsatz nicht verborgen. Noch nie zuvor hat die Gesellschaft so stark wahrgenommen, dass wir Angestellte im Service public gesellschaftsrelevant sind. Uns genügt es nicht systemrelevant zu sein, wir wollen auch systemkritisch in Erscheinung treten.

Deshalb fordern wir

- eine starke öffentliche Bildung, die den Privatisierungsgelüsten entgegentritt, die soziale Vielfalt der Schüler:innen anerkennt und gleiche Bildungschancen für alle bietet. Dafür braucht es die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen und faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.

So haben sich an diesem 1. Mai gut 100 Menschen an der bewilligten Kundgebung des VPOD auf dem Walcheplatz eingefunden und haben vor der kantonalen Bildungs- und Gesundheitsdirektion den Reden unserer Kolleg*innen aus den unterschiedlichen Branchen des VPOD gelauscht. Die Rede von Ruth Kunz, Dozentin an der PHZH und ehemalige Sekundarschullehrerin, drucken wir hier ab.



Liebe Lehrpersonen, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Schule ist kein politikfreier Raum, wie da und dort gesagt oder suggeriert wird. Beispielsweise im Lehrplan 21, wo steht, die Schule sei in Bezug auf Politik neutral.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Schule ist mit ihrem Platz im Zentrum der gesellschaftlichen Reproduktion hoch politisch. Selbst der gleiche Lehrplan 21 enthält die politischen Forderungen, die Schule habe die Chancengleichheit zu fördern und weiter die Gleichstellung der Geschlechter, das Verständnis für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die Erhaltung der natürlichen Umwelt; und die Schule habe sich gegen alle Formen der Diskriminierung zu wenden.

Es liegt also an uns Lehrkräften, uns zu positionieren.

Als Lehrkräfte an der Volksschule, den Berufs- und Mittelschulen, den Hochschulen und Universitäten haben wir damit eine grosse politische Verantwortung.

Und unsere Rolle als Multiplikator*innen birgt auch grosse Chancen.

Lassen wir uns also nicht auf das politisch neutrale Reproduzieren reduzieren. Sondern bilden wir für den sozialen Fortschritt.

Fragen wir uns also:

Wissen unsere Schüler*innen, was eine Gewerkschaft ist?

Kennen unsere Kolleg*innen den VPOD?

Lehren wir nebst der französischen Revolution auch die Revolution von Haiti? Und zur Pariser Kommune, die sich zum 150sten Mal jährt?

Wird in unserer Bildungsinstitution Rassismus mit einem «Bei uns doch nicht» verschleiert, oder wird der Alltagsrassismus kritisch beurteilt und verurteilt?

Wird Nachhaltigkeit darauf reduziert, dass die Schüler*innen als potenzielle Littering-Verursachende für die Umweltverschmutzung verantwortlich gezeichnet werden? Oder räumen wir komplexeren ökonomischen und ökologischen Zusammenhängen genügend Raum ein? Nennen wir den Elefanten im Raum bei seinem Namen?

Haben wir und unsere Kolleg*innen, die Schülerschaft und die Studierenden ein Geschichtsbewusstsein entwickelt, das erkennen lässt, wie klebrig uns die Geschichte zwar im Alltag verfolgt, ein Bewusstsein, das uns aber auch lehrt, dass Geschichte gemacht wird?

Es braucht als Lehrkraft zuweilen Mut, erkennen zu geben, wo man steht. Aber Angst und Vereinzelung versperren uns den Weg.

Und sie ermöglichen die fortwährende salamtaktische Kürzung von Ressourcen, die uns die Energie für die wichtigen Arbeiten raubt.

Seien wir also mutig. Verstecken wir uns nicht. Organisieren wir uns. Die Zukunft ist sozialistisch!

Ruth Kunz, 1. Mai 2021

Debatte um «politisch neutrale» Lehrmittel

Am 18. September 2018 wurden von denselben Personen gleich vier Vorstösse mit derselben Zielrichtung eingereicht. Eine dringliche Anfrage, zwei parlamentarische Initiativen (PI) und eine Interpellation. In allen vier Vorstössen werden politisch neutrale Lehrmittel gefordert. Dies, obwohl kein Handlungsbedarf besteht.

Ende August 2018 veröffentlichte die «NZZ» einen kritischen Artikel über ein Zürcher Lehrmittel, das angeblich (linke) politische Werbung verbreite. Auf der Basis dieses schlecht recherchierten Beitrags wurden kurz darauf gleich vier Vorstösse von denselben Leuten eingereicht. Anfangs Februar 2021 wurden zwei Parlamentarische Initiativen im Rat mit einer Mehrheit der Kommission überwiesen.

Tatsache ist aber: Die politische Neutralität der öffentlichen Schulen ist in Art. 116 der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 (KV, LS 101) verankert. Der Grundsatz der politischen und konfessionellen Neutralität verbietet es der Schule, sich mit bestimmten religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen zu identifizieren. Die Lehrmittel und die Lehrkräfte müssen bereits jetzt für eine ausgewogene Darstellung bzw. Diskussion sorgen. Sie haben unparteiisch zu bleiben und dürfen nicht in einseitiger Weise Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler nehmen. Der Kanton Zürich hat in den letzten fünf Jahren keine Lehrmittel aufgrund mangelnder politischer Ausgewogenheit zurückgewiesen oder überarbeitet. Wir diskutieren im Rat also vierfach ein Problem, das keines ist.

Die Lehrmittel, die der Lehrmittelverlag Zürich im Auftrag des Bildungsrates entwickelt, sind politisch ausgewogen und breit abgestützt. Bis ein neues Lehrmittel geschaffen ist, dauert es beinahe zehn Jahre. Zudem sind Lehrmittel oft viele Jahre im Einsatz. Politisch neutral sind sie, die Lehrmittel, aber leider manchmal etwas konservativ und veraltet.

Es besteht jedenfalls kein Grund, gesetzgeberisch tätig zu werden. Die beiden Parlamentarischen Initiativen werden in diesem Jahr noch einmal im Rat diskutiert werden müssen. Ob sie dann noch eine Mehrheit haben, wird sich zeigen.

Text: **Monika Wicki**, Kantonsrätin und VPOD-Mitglied



GV Lehrberufe 2021 – ein Rückblick

Am 27. März fand von 14 bis 16 Uhr die GV der Sektion Lehrberufe statt, in digitaler Form unter Teilnahme von 27 stimmberechtigten Mitgliedern. Nebst den statutarischen Geschäften hat Antonin Rohdich über den «Strike 4 future» vom 21. Mai berichtet. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, trotz physischer Distanz eine erfolgreiche GV durchzuführen und all jenen, die sich in das eine oder andere Amt haben wählen lassen. Nach wie vor sind Personen aus den Bereichen Berufsfach- und Mittelschule, den Fachhochschulen und den Musikschulen herzlich willkommen, im Vorstand mitzumachen. Ebenfalls suchen wir noch eine Vertretung der Sektion Lehrberufe im Regionalvorstand sowie eine Delegierte für die regionale Delegiertenversammlung. Interessierte können sich gerne bei uns melden.

Walk of Care am Tag der Pflege

Das Bündnis Gesundheitsberufe stand am 12. Mai in Zürich und in Schaffhausen mit einem Walk of Care gemeinsam für die Pflege und bessere Arbeitsbedingungen im ganzen Gesundheitswesen ein. Der 12. Mai ist der internationale Tag der Pflege.

Um 16.30 gingen in Zürich Pflegende gemeinsam auf die Strasse, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie forderten:

- eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens



- genügend qualifiziertes Personal und faire Anstellungsbedingungen
- die Umsetzung der Pflegeinitiative
- mehr Aus- und Weiterbildung.

Aufgrund der behördlichen Massnahmen durfte der Walk of Care in Zürich mit maximal 100 Personen stattfinden. Dennoch war es ein buntes und lautes Zeichen für eine starke Pflege!



Verwaltungsgericht: Demoeinschränkung in Zürich ist rechtswidrig

Das Zürcher Verwaltungsgericht bestätigt: Das Verbot von politischen Kundgebungen mit mehr als 15 Personen im Kanton Zürich verstösst gegen die Bundesverfassung.

Gemäss Covid-19-Verordnung des Bundes sind politische Kundgebungen

13. Juni 2021

NATIONAL

- JA zum CO2-Gesetz
- JA zum Covid-Gesetz
- JA zur Trinkwasser-Initiative
- JA zur Pestizid-Initiative
- NEIN zum Anti-Terror-Gesetz

KANTON ZÜRICH

- JA zur kantonalen Volksinitiative «Mehr Geld für Familien»
- JA zur kantonalen Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»

auch während der Pandemie erlaubt. Der Zürcher Regierungsrat beschloss jedoch eine Obergrenze von zuerst 15, später 100 Personen. Dagegen legten neun Einzelpersonen aus AL, Grünen, SP, PdA, VPOD, Klimastreik, feministischem Streikkomitee, Niunamenos und dem 1.-Mai-Komitee Beschwerde beim Verwaltungsgericht ein.

In seinem Urteil zur Obergrenze von 15 Personen hält das Zürcher Verwaltungsgericht fest: Die Beschränkung der zulässigen Teilnehmendenzahl ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Diese rechtswidrige Einschränkung der Grundrechte muss der Regierungsrat nun umgehend beheben: «Wir fordern den Regierungsrat auf, unverzüglich zu handeln und die Covid-Verordnung im Sinne des Urteils anzupassen», so die SP-Gemeinderätin und stellvertretende VPOD-Generalsekretärin Natascha Wey. «Wenigstens am 14. Juni sollen Veranstaltungen und Kundgebungen mit entsprechenden Schutzmassnahmen im verfassungsmässig erlaubten Rahmen stattfinden können», ergänzt Michèle Dünki-Bättig, Co-Präsidentin VPOD Region Zürich. ■

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

14. Juni

Feministischer Streik.
Voraussichtlich Demo um 18 Uhr in Zürich.

24. Juni, 18 bis 20 Uhr

VPOD@ZHdK Gründungsapéro im VPOD-Sekretariat.
Im Innenhof oder im Saal im 5. Stock, je nach Wetter.

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 3 / 21, Juni 2021**, erscheint fünf Mal jährlich, 6. Jahrgang, Auflage: 2800